[illegible] Kr. [illegible] Verordnung.

I. Nr. 21.258. Wien, 21. Dez. 1918.

Gemäß § [illegible] der Verordnung des Staatsrates vom 17. Dez. 1918, St. Gesetz- u. Verordnungsblatt Nr. [illegible] wird hiemit Folgendes verordnet:

§ 1. Die Wahlen in die konstituierende Nationalversammlung haben nach dem Verhältniswahlrecht zu erfolgen.

§ 2. Wahlberechtigt ist jeder Staatsbürger, der am Tage der Wahl das 20. Lebensjahr vollendet hat.

§ 3. Wählbar ist jeder Wahlberechtigte, der am Tage der Wahl das 24. Lebensjahr vollendet hat.

§ 4. Das Wahlrecht ist persönlich auszuüben. Niemand darf sich bei der Wahl vertreten lassen.

§ 5. Die Wahlen sind in Wahlkörpern vorzunehmen, welche mit Rücksicht auf die politischen Bezirke und die Verwaltungseinteilung der Städte mit eigenem Statut gebildet werden.

§ 6. Die Wahlkörper sind in Wahlbezirke zu teilen, deren jeder mindestens 20.000 Einwohner zu umfassen hat.

§ 7. Die Wahlkörper wählen nach Maßgabe der ihnen zugewiesenen Mandatszahl die Abgeordneten in Wahlkreisen, welche mit Rücksicht auf die politischen Bezirke und die Verwaltungseinteilung der Städte mit eigenem Statut gebildet werden.

§ 8. Die Wahlkreise sind in Wahlsprengel zu teilen, deren jeder mindestens 500 Einwohner zu umfassen hat.

§ 9. Die Wahlkörper, Wahlkreise und Wahlsprengel werden durch eine Verordnung des Staatsrates festgesetzt.

§ 10. Die Wahlen sind unmittelbar und geheim durchzuführen.

§ 11. Die Wahlen sind an einem Sonntag oder einem gesetzlich anerkannten Feiertag vorzunehmen.

§ 12. Die Wahlen sind in der Regel in Gemeinden, welche Sitz einer politischen Bezirksbehörde sind, in den übrigen Gemeinden in der Regel in Gemeinden, welche Sitz einer Gerichtsbehörde sind, vorzunehmen.

§ 13. Die Wahlen sind in Wahlzellen vorzunehmen, welche auf den Wahlkarten [illegible] Buchstaben [illegible] Ziffern [illegible] Wahlkarte [illegible] Wahlzelle [illegible] Wahlkarte [illegible] Wahlzelle [illegible] Wahlkarte [illegible] Wahlzelle

Aus dem Landtag. Nach einem Vortrag des M. d. R. Neumayer wird die Vornahme von 10 Diensteseide in der Kammer der Reichsräthe genehmigt.

Im Range der Kanzleidirektor wird Ferdinand Hellmayer zum Kanzleidirektor ernannt.

Dem Ausgeschiedenen wird der Titel „Kanzleidirektor“ verliehen.

Baurath Josef Hellmayer wird zum Bauaufsichtsrat für den 1. Bezirk, Baurath Franz Breitenecker zum Bauaufsichtsrat für den 10. Bezirk für die restliche Funktionsdauer, d. i. bis 31. Dezember 1909 bestellt.

MR. Tomola legt das Projekt für die Erweiterung des Friedhofes Hietzing auf den bereits erworbenen Gründen im 18. und 19. Bezirk in der Ausmaße von rund 110.000 m² vor. Laut des Regierungsjubiläums vom Die Widmung der Gründe erfolgt auf unvordenkliche Zeiten. Die Kosten in der Höhe von 800.000 K werden genehmigt.

Die Bauordnung. Über die Bauklassenbestimmung wird verhandelt: Das Prinzip, welches bei der Vornahme der Bauklassenbestimmung maßgebend ist, ist folgendes: In erster Linie sollen jene Straßen herangezogen werden, welche den Typus der Straße am besten repräsentieren, weil gerade bei diesen Objekten die Meinung eine allgemeine und gerechtfertigte wird. Ferner ist maßgebend

[illegible] Verunreinigung der Bäche durch die in der vergangenen Woche stattgefundene [illegible] [illegible].

Die bezüglichen Erhebungen wurden [illegible] und der Wasserbestellung auf Grund der amtlichen Wasserentnahmeanmeldungen durchgeführt und [illegible].

Es ist allgemein bekannt, dass die einzelnen Objekte [illegible] in letzter Zeit Verunreinigungen im Farbenton eingetreten sind, [illegible] [illegible] Färbungen [illegible] in den [illegible] Bächen [illegible] [illegible] Abwässer [illegible] [illegible] Verunreinigung [illegible].

Bevor [illegible] [illegible] die in diesen Abwässern [illegible] [illegible] [illegible]